

Abschied von den GMH



Wolfgang Schroeder: Der verzögerte Abschied von der Bonner Republik

Dr. Wolfgang Schroeder leitet die Abteilung Sozialpolitik der IG Metall und ist Privatdozent an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main.

Kaum ein anderes publizistisches Medium diente den Gewerkschaften im Bereich der grundlegenden Analyse und Ordnungspolitik so unprätentiös und gediegen als Kompass in den Wandlungsprozessen der Bonner Republik wie die Gewerkschaftlichen Monatshefte. Diese eindrucksvolle Visitenkarte war im letzten Vierteljahrhundert das Verdienst von Hans-Otto Hemmer. Er ermöglichte damit all monatlich ein geistiges Produkt, das die Gewerkschaften als politischen Verband und Kulturorganisation auszeichnete. In diesem Sinne waren die Gewerkschaftlichen Monatshefte Mittler zwischen innen und außen: Sie wurden

nämlich nicht nur in den Gewerkschaften gelesen, sondern auch bei den Arbeitgebern, in den Universitäten, in befreundeten Verbänden und Institutionen, in den Stadtbibliotheken, Kirchen und Volkshochschulen. Mit diesem Produkt, das die Erfolgsstory Einheitsgewerkschaft in der Bonner Republik befruchtete, konnten nicht nur die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Politik über die Grenzen der eigenen Organisation kommuniziert werden, damit wurde zugleich signalisiert, dass sie ein politischer Verband sein wollten, der partikulare und universelle Ansprüche verbinden konnte, somit eine Kerninstitution des Modells Deutschland.

Mit dem Ende der Gewerkschaftlichen Monatshefte ist nicht nur ein Stück Tradition weggefallen. Dieses Ende wirft zugleich auch ein Licht auf einige herausragende Veränderungen, auf die die Gewerkschaften Antworten geben müssen. Als Erstes geht es um ihre Rolle in der Mediengesellschaft; zweitens um das Verhältnis des DGB zu den Einzelgewerkschaften, drittens um das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Parteien und Kirchen/NGOs, sowie viertens, um ihr Selbstverständnis als politischer Verband, indem die vorher genannten Dimensionen ihre je historisch spezifische Ausprägung erfahren. Auffallend ist: In dem Maße wie die Selbstverständlichkeiten der Bonner Republik zur Disposition gestellt wurden, haben der kontroverse Diskurs, die gediegene Analyse, der konstruktive Streit in den Gewerkschaften eher an Bedeutung verloren. Manchmal hat man den Eindruck, es wird auf hohem Niveau geschrieben, diskutiert, ohne dass es wirklich zu existentiellen Kontroversen kommt, die ernst gemeint sind und Folgen haben. Genau das wäre aber notwendig, um Chancen für neue Strategien und Konsense auszuloten.

Schwierigkeiten mit der Mediengesellschaft

Der Begriff der Mediengesellschaft steht für verschiedene grundlegende Aspekte des sozialen Wandels, vor allem aber für die Veränderungen des Informationsangebots und des Informationsverhaltens. Thomas Meyer spricht sogar davon, dass wir in Deutschland seit kurzem Zeuge einer „kopernikanischen Wende“ zur Mediokratie sind, mit der Folge, dass nicht die Medien die politischen Akteure, sondern die politischen Akteure die Medien beobachten und ihr Handeln an ihnen ausrichten (müssen). Ob und inwieweit eine derartige Diagnose zutrifft, mag zunächst einmal dahingestellt sein. Richtig ist jedenfalls, dass der soziale und politische Wandel der vergangenen Jahrzehnte die Gewerkschaften in ihrer Kommunikation nach innen zu den Mitgliedern und nach außen in die Gesellschaft herausfordert und teilweise überfordert. Dabei stehen sie grundlegend vor dem Problem, dass zwischen den Anforderungen der Medienlogik und der Organisationslogik ein kaum zu überbrückender Graben zu bestehen scheint.

Die Chance für ein regelmäßig erscheinendes Magazin, das grundsätzliche Analysen und Diskurse ermöglicht, besteht darin, jenseits der Fallstricke der Mediengesellschaft eine gebrauchtsbezogene Wert-, Strategie- und Erkenntnisquelle zu sein. Doch wie kann eine solche Plattform auch Autorität beanspruchen in der Konkurrenz der vielen Medien und Angebote? Hierzu bedarf es einer nüchternen Bilanz darüber, was die Bedingungen für eine offene und tabufreie Debatte sind. Will man eine medial vermittelte Aufmerksamkeit erreichen und dadurch Politik beeinflussen, dann können Regeln der politischen Inszenierung nicht ignoriert werden. Gefährlich könnte Folgendes sein: Finden solche Debatten statt, so werden sie in der gewerkschaftlichen Binnenöffentlichkeit zunächst manchmal weniger inhaltlich,

sondern stärker verfahrensorientiert thematisiert: als Verletzung der Prinzipien innergewerkschaftlicher Rason und Loyalität - ein Sieg der Medienlogik.

Gewerkschaften brauchen gediegene Analysen; sie können aber letztlich nicht ohne Medienkommunikation auskommen, wenn sie ihr Umfeld verbessern wollen. Dies kann aus der Funktionslogik der Medien heraus nicht durch eine altbackene Organisations-PR erreicht werden. Die Angewiesenheit der Gewerkschaften auf die Kommunikation via Massenmedien verlangt ihnen das Risiko ab, den Spagat zwischen der Logik (potentieller) Mitglieder und der Medienlogik zu wagen. Denn sie müssen der Medienlogik genüge tun, um die kritische Schwelle der Massenmedien überwinden zu können. Das verlangt den Gewerkschaften auch ab, Inhalte nicht nur an den Interessen der Mitglieder, sondern auch den potentiellen Mitgliedern, also allen abhängig Beschäftigten auszurichten. Die Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, die richtigen Inhalte zu identifizieren, mit denen das erreicht werden kann. Mit der gleichzeitigen fundamentalen Veränderung von Binnen- und Außenkommunikation stehen die Gewerkschaften am Anfang eines umfassenden Reformprozesses ihres Kommunikationsverhaltens. Um diese Gleichzeitigkeit bewältigen zu können, wäre es förderlich, wenn sie selbst einen professionelleren Umgang mit diesen Ebenen anstreben und in diesem Sinne ein Mehr an Medienkompetenz erreichen könnten. Eine ruhige Plattform, wie ein regelmäßig erscheinendes Tiefgangjournal, kann dabei als Kompass dienen.

Die Zukunft des DGB angesichts der neuen Multibranchengewerkschaften

Der DGB braucht ein übergreifendes, grundsätzlich orientiertes Medium, um die Vielfalt der einzelnen Positionen im Kontext einer identifizierbaren allgemeinen Plattform abzubilden. Denn in dem Maße wie die Besonderheiten der Branchenkapitalismen zunehmen, bedarf es besonderer geistiger Anstrengungen, um die damit freigesetzten Kräfte der Nischenbildung einzufangen und das alle Verbindende herauszuarbeiten. In den letzten Jahren haben jedoch die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Zentrifugalkräfte eher zu- als abgenommen. Und es besteht die Gefahr, dass sich unterschiedliche Interessen und politische Gruppen in ihren Nischen einrichten.

Neben diesen politischen Strömungen, Netzwerken und Interessengruppen in den einzelnen Gewerkschaften gibt es natürlich auch signifikante politische Differenzen zwischen den DGB-Gewerkschaften, die sich auch an differierende Verbandsidentitäten rückbinden lassen. In den 1990er-Jahren begann sich die deutsche Gewerkschaftslandschaft deutlich zu verändern. Eine der wichtigsten Reaktionen auf die veränderte Umwelt und die internen Finanzprobleme der Gewerkschaften ist in dem seit den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt verlaufenden Prozess organisationspolitischer Konzentration zu sehen: Während bis in die 1980er-Jahre noch siebzehn Einzelgewerkschaften unter dem Dach des DGB vertreten waren, sind dies seit 2002 nur noch acht. Durchgesetzt hat sich eine zwischengewerkschaftliche, also keine durch den DGB moderierte oder gar realisierte, Verhandlungspolitik, die nach dem Muster der Echternacher Springprozeession funktioniert. Im Ergebnis bastelten die beteiligten Akteure eine neue Gewerkschaftslandschaft, die einen deutlichen Bruch mit der gewerkschaftlichen Nachkriegsordnung bedeutet. Offen ist, ob sich die verschiedenen gewerkschaftlichen Reformprojekte überhaupt ergänzen können oder ob es nicht vielmehr zu neuen tiefgreifenden Friktionen kommen wird, die sich zu einer zusätzlichen Belastung für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit entwickeln. Die Abspaltung

von kleineren Gruppen (z.B. Cockpit) und die direkte Konkurrenz zwischen verschiedenen Gewerkschaften in einem Betrieb (IG Metall contra verdi bei IBM) sind ernst zu nehmende Krisensignale. Wie kann es angesichts dieser Entwicklungen zu einer besseren Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaften, Gliederungen und Projekte kommen? Auch dafür bedarf es grundlegenderer Debatten, denn es kann nicht sein, dass es einfach den Kräften des Marktes überlassen wird, wann und wie sich Gewerkschaften ihre Claims abstecken; wir brauchen auch regulative Ideen, die einen fairen Wettbewerb orientieren.

Kommunikation mit anderen über gemeinsame Werte und Ausgangspunkte

Die strukturellen Umbrüche, die mit der Wiedervereinigung, der Globalisierung und Europäisierung einhergehen, haben im Kontext eines umfassenden Generationenwandels zu einer Neubewertung von etablierten Gerechtigkeits- und Gemeinwohlvorstellungen geführt. Der Konsens hinsichtlich des Modells Deutschland ist weggebrochen. Die so genannten neuen „Eliten“ in Medien, Wissenschaft und Wirtschaft fordern das definitive Ende des „Modells Deutschland“. Wir haben es in diesen Bereichen mit sich pluralisierenden, nationalen und transnationalen Eliten zu tun, die kein gemeinsames politisches Verständnis mehr zusammenhält. Dagegen vorzugehen und eigene Angebote für neue tragfähige sozialstaatliche Konsense zu entwickeln, ist das Gebot der Stunde. Es geht um eine langfristige Hegemoniefähigkeit, die auf Austausch und Streit ebenso angewiesen ist, wie auf das Herausarbeiten von alten und neuen Gemeinsamkeiten, die im Sinne eines zukunftsfähigen Ganzen unaufgebar sind. Die Arbeit der Zuspitzung kann und darf sich nicht einfach in Gegenpositionen erschöpfen, es geht auch um veränderte Perspektiven, mit denen das Spiel neu geordnet werden kann. Ohne einen Konsens mit den Arbeitgebern wird es auch kein deutsches Gewerkschaftsmodell geben können. Genauso sind wir darauf angewiesen, Konsenspositionen mit den NGOs herauszuarbeiten. Beides verlangt zumindest auch außerordentliche geistige Anstrengungen.

Gewerkschaften als politischer Verband

Die Rolle der Gewerkschaften als politische Verbände, die eine maßgebliche Stimme im politischen System Bundesrepublik beanspruchen, hängt nicht nur an deren Mitgliederzahl. Diese Rolle resultiert auch nicht alleine aus der erwerbsarbeitszentrierten Struktur des deutschen Sozialstaates, der Tarifautonomie und der gewerkschaftlichen Stellung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Es hängt auch von der *Macht der Ideen* ab, die in der Lage sind, Interessen zu artikulieren und zu orientieren. Erst dadurch ist die Integration der Gewerkschaften in das wirtschaftliche und das soziale Reproduktionssystem der Bundesrepublik wirklich als lebendiger Prozess im Interesse der Beschäftigten realisierbar. Der Basiskonsens der „Bonner Republik“ bestand darin, Privateigentum, Verzicht auf eine grundlegende außerparlamentarische Opposition sowie die Westintegration anzuerkennen. Ein neu zu entwickelnder Basiskonsens der Berliner Republik, in dem den Gewerkschaften eine starke Stellung eingeräumt wird, ist mehr als ungewiss. Aber genau darum muss gestritten werden, wenn es noch nicht zu spät sein sollte. Die Gewerkschaften stehen an einem Scheideweg. Banal ausgedrückt: Wollen die Gewerkschaften weiterhin politischer Verband bleiben-

ben, der auch umfassendere Verantwortung tragen und ebensolchen Einfluss nehmen will, weil er für die Mehrheit der Beschäftigten sprechen kann, dann brauchen sie auch zukünftig grundlegendere ordnungspolitische Debatten, vor allem ein eigenes autonomes Medium dafür. Oder werden die Gewerkschaften zu einer Art partikularem Versicherungsverein? Dann kann eine solche Plattform als entbehrlicher Luxus oder sogar als anachronistisches Anhängsel aufgefasst werden. Sollte der politische Verband weiterhin das Leitbild sein, darf man nicht hinter die Gewerkschaftlichen Monatshefte zurückfallen. Und das ist keine Frage des Design, sondern des Inhalts, also vor allem dem, was die Gewerkschaften, ihre Politik und ihre gesellschaftspolitische Vision ausmacht.